

Bremens Ex-Bürgermeister **Hans Koschnick** (SPD) steht ein Jahr nach seinem Tod in einer Reihe mit Helmut Schmidt, Franz Josef Strauß und Christi-

ano Ronaldo: Ein Flughafen wird nach ihm benannt. Ab sofort soll es „Bremen Airport Hans Koschnick“ heißen. Beste Startbedingungen: 7 Grad und Sonne.

30

MITTWOCH, 5. APRIL 2017 ♦ TAZ.DIE TAGESZEITUNG

IN ALLER KÜRZE

Schausteller wollen Öffnung an Karfreitag

Die Schausteller wünschen sich an Karfreitag eine regelmäßige Öffnung der Bremer Osterwiese. Das sei aber nur im Zusammenspiel mit den Kirchen möglich, sagte am Dienstag Rudi Rohr, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Bremer Märkte. Bisher lässt das Bremerische Feiertagsgesetz keinen Rummel am Karfreitag zu. Kirchenvertreter wie Bremens leitender evangelischer Theologe Renke Brahmhs lehnen eine Karfreitags-Öffnung ab. Jede Ausnahme höhle den Schutz des Karfreitags aus, der an hoher kirchlicher Feiertag an den Kreuzestod Jesu erinnere. Die diesjährige Osterwiese beginnt am kommenden Freitag und läuft bis zum 23. April auf der Bremer Bürgerweide. (epd)

Rudolf Hickel erhält Senatsmedaille

Der Wirtschaftswissenschaftler und ehemalige Professor der Bremer Universität Rudolf Hickel ist mit der Senatsmedaille für Kunst- und Wissenschaft ausgezeichnet worden. Die Ehrengabe übernahm für den Senat Bürgermeister Carsten Sieling. „Mit seiner wissenschaftlichen Arbeit und Exper-

tise hat sich Rudolf Hickel weit über die Grenzen Bremens hinaus eine hohe Anerkennung als ebenso kompetenter wie kritischer Wirtschaftswissenschaftler erworben. Hinzu kommen seine außerordentliche Verdienste um die Universität und die Wissenschaft im Land Bremen“, sagte Sieling in seiner Rede. (taz)

Bremer Rat für Integration sucht Ehrenamtliche

Für die neue Amtsperiode des Bremer Rates für Integration (BRI) werden in der Integrationsarbeit besonders erfahrene Personen gesucht. Bis zum 18. Mai

Das Denkmal, das nicht sein darf

NS-PROFITE Das „Arisierungs“-Mahnmal kommt an die Schlachte, der Entwurf aus dem taz-Wettbewerb wird gebaut. „Nur das zweitbeste Ergebnis“, sagt die Linkspartei

von HENNING BLEYL

Das Bremer „Arisierungs“-Mahnmal kommt an die Schlachte. Aber nicht an die Teerhof-Brücke, wie vom Koalitions-Ausschuss ins Auge gefasst, sondern weiter weserawärts. Zur Auswahl stehen der Bereich neben dem historischen Kranfundament sowie die Kaimauer auf Höhe des Pfannkuchen-Schiffes.

Mit diesem Beschluss des Beirats Mitte endete Montag Abend nach mehrstündiger Debatte das lange Tauziehen um einen angemessenen Ort zur Erinnerung an die Massenverreibung der jüdischen Bevölkerung. An ihr hatte Bremen als Hafen- und Logistikstadt besondere Anteil, insbesondere durch das Westeuropageschäft von Kühne+Nagel. Die Absicht, das Mahnmal am Fuß des Neubaus von Kühne+Nagel zu errichten, scheiterte dennoch am Veto der SPD-Führung.

„Die unmittelbare Nähe vor dem Neubau von Kühne und Nagel hätte ein noch deutlicheres Zeichen gesetzt“, heißt es im Beiratsantrag der Grünen, der von SPD, CDU und der FDP angenommen wurde. „Das ist nur das zweitbeste Ergebnis“, betonte auch Matthias Rauch von der Linkspartei. Rauchs Fraktion votierte für den weitergehenden Antrag, das Mahnmal wie vorgesehen bei Kühne+Nagel zu platzieren.

Schon vor der Sitzung des Stadtteilparlaments in der Architektenkammer hatte die Linkspartei zu einer Kundgebung aufgerufen. „Zueiner ernst zu nehmenden Erinnerungskultur gehört, Täter auch beim Namen zu nennen“, betonte dort Miriam Strunge, die kulturpolitische Sprecherin der Partei. Für den VVN, die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“, beklagte deren Landesvorsitzender Raimund Gaebelein in seinem Redebeitrag den „Rückzug



Ende des Tauziehens in Sicht: Das Mahnmal kommt an die Schlachte Foto: Jan Zier

vor der Uneinsichtigkeit mancher Unternehmer“.

Im Saal selbst ergriff dann Grigori Pantjelew vom Vorstand der jüdischen Gemeinde das Wort. Er verwies auf die Zustimmung der Gemeinde zur Mahnmalfrage, die der Wasser-Kurier, trotz anders lautender Verabredungen, nicht abdrucken wollte. In ihr benennt die Gemeinde „die wesentliche Beteiligung“ von Kühne+Nagel „am Großraub jüdischer Besitztümer in europäischem Ausmaß“ sowie „die freundliche“ Übernahme der Geschäftsanteile von Adolf Maas, welcher später in Auschwitz umkam. Beides seien „Grundsteine des heutigen Erfolgs und Reichtums für die Firma, für Michael Kühne persönlich und seine Stiftung. Beides fehlt im Selbstbild des Unternehmens.“

In Sachen Mahnmal-Platzierung verweist die jüdische Gemeinde auf das positive Beispiel des Bremer Finanzressorts: Es „ließ die vergleichbare Geschichte der Beamenschaft untersuchen, die Ausstellung war selbstverständlich im Haus des Unternehmens selbst vor allem als ‚Anklage‘“ gelesen wird.“ Dabei gehe es um

nicht 400 Meter entfernt“.

Wenn das Mahnmal nun auf Höhe des Pfannkuchenschiffes gebaut wird, ist es noch circa 180 Meter von Kühne+Nagel entfernt. Der Beirat hat dabei ausdrücklich zur Bedingung gemacht, dass der aus dem taz-Ideewettbewerb hervorgegangene Entwurf von Angie Oettinghausen realisiert wird. In einer schriftlichen Erklärung der Architektin zur Beiratssitzung

eine „Geschichte die eben nicht, wie so oft in gängigen Narrativen verankert, letztendlich auf eine anonyme Masse von Mit-/Verantwortlichen verweist, sondern durch das Fortbestehen des Unternehmens an einem historischen Ort auch eine Brücke in die gegenwärtige Lebensrealität der Besucher_innen schlägt.“

In der äußerst lebhaften Debatte urteilte Peter Bollhagen, der Landesvorsitzende des Verbands der Familienunternehmer, Kühne+Nagel habe sich in Sachen Geschichtsaufarbeitung „völlig falsch verhalten“. Dennoch sei es verkehrt, das Unternehmen und dessen Mitarbeiter zu „stigmatisieren“. Das Gegenteil sei richtig, hieß das grüne Beiratsmitglied Joachim Musch dem entgegen: Die Firma werde „nicht stigmatisiert, sondern protegiert“ – in dem ihr das Mahnmal direkt vor der Nase „erspart“ bleibe.

Immerhin werden nicht nur die lange Debatte, sondern auch das materialisierte Mahnmal eine deutliche Spur in der Stadt hinterlassen – unter anderem als „das Denkmal, das nicht bei Kühne+Nagel stehen darf.“

HEUTE IN BREMEN

„Da wird bewertet“

FRAUEN Der Club „Business and Professional Women“ lädt zur Diskussion über Vereinbarkeit

taz: Frau Geffken, der Veranstaltungstitel „Frauen, Führung, Werte, Zeit“ klingt sehr soft. Typisch Frauen?

Dagmar Geffken: Nein, das finde ich nicht.

Männer würden eine Podiumsdiskussion mit Führungskräften vielleicht nicht unter dieses Motto stellen.

Dafür können wir ja nichts, wenn Männer das nicht machen wollen.

Was ist in dem Kontext mit „Werten“ gemeint?

Frauen werden ja immer vor die Wahl gestellt: Einerseits der Beruf, andererseits die Kinder. Da wird bewertet. Aber die Frage ist doch: Soll man das überhaupt bewerten? Warum sollte man sich überhaupt entscheiden?

Haben Frauen in Führungspositionen es schwerer als andere?

Viele weibliche Führungskräfte wollen Kinder – und haben auch Kinder. Aber sie haben eine größere Problematik: Teilzeitarbeit geht in Führungspositionen nicht. Aber sie finden keine qualitative Betreuung für ihre Kinder.

Woran hakt es besonders?

Das ganze System ist nicht flexibel genug. Sehen Sie: Kinder werden in jedem Monat geboren, das Kindergartenjahr aber beginnt immer im August. Das heißt: Wenn die Elternzeit zu Ende ist, müssen viele noch Monate überbrücken, bis das Kind in den Kindergarten kann. Was machen die dann?

Wie stellen Sie sich eine qualifizierte Betreuung vor?

Es muss im Grunde eine Betreu-

ung „from seven to eleven“, also von sieben Uhr morgens bis elf Uhr abends geben. Das heißt ja nicht, dass das Kind die ganze Zeit betreut wird. Aber dieses Zeitfenster muss es geben, das dann flexibel genutzt werden kann.

In manchen Berufen müssen Sie früh anfangen, nehmen Sie mal die Krankenschwestern. Andere gerade Führungskräfte, haben abends noch Sitzungen. Da gibt es aber momentan keine Betreuungsmöglichkeiten.

Arbeitgeber erwarten oft Flexibilität.

Genau. Und Frauen mit Kindern haben es besonders schwer, diese flexiblen Abläufe herzustellen. Da muss sich dringend etwas ändern, auch in den Rollenvorstellungen.

Ihre Referentinnen sind allesamt Führungskräfte und haben Kinder. Wie haben die das gemacht?

Ganz unterschiedlich: Partnerschaftlich, mit Hilfe, ohne Hilfe. Aber genau darüber wollen wir ja heute Abend sprechen, deswegen verrate ich jetzt nicht zu viel.

INTERVIEW: KMS

■ 19.30 Uhr, Schütting; Anmeldung unter www.bpw-bremen.de

Dagmar Geffken

■ 60, ist Rechtsanwältin und Erste Vorsitzende des Clubs „Business and Professional Women Germany“ in Bremen

Beschluss gegen sexistische Werbung

SEXISMUS Immer mehr BürgerInnen fühlen sich von sexistischer Werbung gestört. Künftig können sie dagegen Beschwerde einreichen – und die beanstandete Reklame droht entfernt zu werden

Keine sexistische Werbung mehr auf öffentlichen Werbeplänen – das hat der Bremer Senat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen. Das Thema ist nicht neu in der Bremerischen Bürgerenschaft. Schon im Jahr 2014 be-

schloss sie, dass sich der Senat mit sexistischer Werbung auseinander setzen muss. Vorausgegangen war die Petition einer Bremer Bürgerin, die dazu aufrief, sexistische und frauverachtende Werbeanzeigen nicht länger zu dulden.

Auch die Bremerische Zentralstelle für die Gleichberechtigung der Frau (ZGF) hat in den vergangenen Jahren festgestellt, dass sich immer mehr Frauen und Männer an sexistischer Werbung stören. Der Beschluss des Senats sieht nun vor, dass

zukünftig keine Werbung verwendet werden darf, die Personen wegen ihres Geschlechts diskriminiert, Gewalt und Dominanz ausstrahlt, den Eindruck erweckt, Personen seien künftig oder sie auf ihre sexuelle Funktion reduziert.

Damit orientiert sich der Senat an den Richtlinien des Werberates, der auf Bundesebene für Beschwerden wegen diskriminierender Werbung zuständig ist. Der Werberat jedoch

kann nichts weiter tun, als Rügen auszusprechen, die von den Unternehmen größtenteils ignoriert werden. Landesfrauenbeauftragte Ulrike Hauffe begrüßt den Beschluss des Senats. Denn ihrer Meinung nach richtet sexistische Werbung erheblichen gesellschaftlichen Schaden an: „Sie steht im Weg, wenn es darum geht, bestehende Rollenzwänge zu überwinden und die Gleichstellung der Geschlechter weiter voranzutreiben.“

In Zukunft können sich BürgerInnen und Bürger, denen sexistische oder anderweitig diskriminierende Werbung auffällt, bei der ZGF melden. Die zuständigen MitarbeiterInnen der Beschwerdestelle prüfen dann, ob die beanstandete

Werbung entfernt werden muss. Sollte dies der Fall sein, benachrichtigt das ZGF die zuständige Fachbehörde, welche die endgültige Entscheidungsbefugnis darüber hat, ob die Werbung abgehängt wird.

Des Weiteren besteht das Land Bremen darauf, dass in zukünftigen Verträgen mit Werbepartnern festgehalten werden muss, dass diese keine sexistische Werbung verwenden. Diese Maßnahmen betreffen nicht nur Plakatflächen, sondern jegliche Arten von Werbung. Ausgeschlossen von diesen Maßnahmen sind private Werbeplächen. Bremen ist damit das erste Bundesland, das konkret die Beschwerdestelle prüfen dann, ob die beanstandete

MAXIMILIAN SCHMIDT

BürgerInnen können sexistische Werbung künftig der Beschwerdestelle melden